

Gliederung
für die mündliche Verhandlung
des Zweiten Senats des Bundesverfassungsgerichts
am 9. und 10. Mai 2017

- A. Einführende Stellungnahmen (je 5 Minuten)

- B. Zulässigkeit
 - I. Antragsgegenstand
 - II. Verpflichtungsantrag
 - III. Rechtsschutzbedürfnis

- C. Begründetheit
 - I. Informationsinteresse zur Ermöglichung parlamentarischer Kontrolle
 - Stellenwert einer öffentlichen Information des Parlaments
 - Information nach Maßgabe der Geheimschutzordnung
 - Information eines parlamentarischen Kontrollgremiums

 - II. Allgemein: Grenzen des parlamentarischen Informationsanspruchs
 - 1. Formell: Hinreichende Geltendmachung von Antwortverweigerungsgründen
 - Umfang der Begründungspflicht bei Nichtbeantwortung und nicht öffentlicher Beantwortung
 - Nachschieben von Gründen
 - 2. Materiell: Vorliegen und Gewicht von Antwortverweigerungsgründen
 - a) Verantwortungsbereich der Bundesregierung
 - aa) Nachgeordnete Behörden
 - bb) Öffentliche Unternehmen, insbesondere in Form von Aktiengesellschaften
 - b) Kernbereich exekutiver Eigenverantwortung
 - c) Grundrechte Dritter
 - d) Gründe des Staatswohls
 - e) Einfachgesetzliche oder vertragliche Verschwiegenheitspflichten
 - f) Unmöglichkeit oder Unzumutbarkeit

 - III. Konkret: Fragenkomplex Deutsche Bahn AG

1. Gegenstand parlamentarischer Kontrolle und Legitimationsbedürftigkeit
2. Verantwortungsbereich der Bundesregierung nach Art. 87e GG
3. Grenze: Grundrechte oder grundrechtsähnliche Rechte der Deutschen Bahn AG?
4. Subsumtion
 - a) Kleine Anfrage „Fulda-Runden der Deutschen Bahn AG und Finanzierungsvereinbarungen zu Bedarfsplanprojekten“
 - b) Kleine Anfrage „Wirtschaftlichkeitsberechnung für Stuttgart 21“
 - c) Kleine Anfrage „Zugverspätungen“

IV. Konkret: Fragenkomplex Finanzmarktaufsicht

1. Parlamentarische Kontrolle der staatlichen Aufsicht über und Regulierung der Tätigkeit der Banken und des Finanzmarktes
2. Grenzen:
 - a) Gefährdung der Funktionsfähigkeit der Finanzmarktaufsicht
 - b) Gefährdung des Erfolgs staatlicher Stützungsmaßnahmen
 - c) Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse beaufsichtigter Banken
 - d) Allgemeines Persönlichkeitsrecht der Mitarbeiter
3. Subsumtion
 - a) Schriftliche Fragen zur IKB/Finanzmarktaufsicht
 - b) Kleine Anfrage „Ausübung parlamentarischer Kontrollrechte im Bereich Finanzmarkt“

V. Rechtsfolgen

D. Abschließende Stellungnahmen